

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Innenpolitik

Nr. 097/10 vom 18. März 2010

Werner Kalinka zu TOP 32: So kann es mit der Jugendkriminalität nicht weiter gehen

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Werner Kalinka, hat einen Kurswechsel des Staates im Umgang mit jugendlichen Straftätern gefordert:

„So kann es mit der Jugendkriminalität nicht weiter gehen. Wir haben trotz aller Präventionsmaßnahmen der letzten Jahre und Jahrzehnte in Schleswig-Holstein fast 1000 jugendliche Intensivtäter. Zusätzlich dazu steigt das Gewaltpotential jugendlicher Straftäter erschreckend an. Die Gewaltkriminalität in der Altersgruppe bis 21 Jahre hat sich in den Jahren 2000-2008 verdoppelt. Eine solche Entwicklung kann und darf ein Rechtsstaat nicht dulden“. Mit diesen Worten begründete Kalinka die Forderung der Unionsfraktion nach der Schaffung einer Jugend-Task-Force.

„Wir stehen vor der Erkenntnis, dass unsere bisherigen Präventionsstrategien einfach nicht ausreichen. Zudem werden viele Intensivtäter so schnell wieder straffällig, dass sie den Ermittlungsbehörden immer einige Straftaten voraus sind. Bevor dann eine Strafe wirksam wird, haben sich schon wieder neue Verfahren angesammelt. Das ist auch nicht im Interesse der Jugendlichen“, so Kalinka.

Nötig wäre eine Jugend-Task-Force, die in Form einer noch engmaschigeren Vernetzung von Schule, Jugendämtern, Sozialdiensten, Justiz und Polizei arbeitet:

„Fakt ist doch, dass jugendliche Straftäter nach ihrer Vernehmung auf der Polizeiwache viel zu oft ins „Nichts“ entlassen werden. Sie haben Wochen oder gar Monate lang niemanden, der Ihnen zeigt, dass sie einen Fehler gemacht haben, und dass sie Ihre Haltung korrigieren müssen.“ Wichtig sei deshalb ein zielführender Austausch zwischen den Institutionen, so dass die Jugendlichen schneller als bisher merken, dass ihr Verhalten nicht toleriert wird. Ein Schritt in diese Richtung sei es etwa, nach bestimmten polizeilich bearbeiteten Straftaten unverzüglich einen "Eltern-Lehrer-Täter-Termin" anzusetzen, bei dem der Vorfall besprochen werden könne. Die Einhaltung des Termins müsste für alle Beteiligten verpflichtend sein.

„Als letzte Maßnahme sollten wir aber auch erneut darüber nachdenken, jugendliche Intensivtäter in geschlossenen Heimen unter zu bringen. Wenn zwei 13-jährige bereits so verroht sind, dass sie eine 83-jährige brutal überfallen, dann werden wir sie nicht mit präventiven Gesprächskreisen von ihrem schiefen Weg abbringen“, so Kalinka.